



im Bezirkstag Pfalz

DIE LINKE im Bezirkstag Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

**Frank Eschrich
Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Mail: frank.eschrich@die-linke-ps.de

Haushaltsrede 2020

Frank Eschrich, DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung hat mit viel Mühe und akribischer Kleinarbeit einen Haushaltsentwurf 2020 vorgelegt, der sich im Vergleich zu den Schuldenhaushalten vieler pfälzischer Kommunen sehen lassen kann. Immerhin wird beim operativen Geschäft im kommunalen Bereich ein respektables Plus erwirtschaftet und bei den Landesaufgaben etwas mehr als eine schwarze Null erreicht. Dafür gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unser Dank. Das Defizit im Ergebnishaushalt besteht aus nichtzahlungswirksamen Leistungen und resultiert im Wesentlichen aus Pensionsrückstellungen, für die sich das Land beharrlich weigert aufzukommen. Damit bin ich allerdings schon am Ende der mehr oder weniger positiven Aspekte des Haushalts angekommen.

Wenn ein Haushalt der Ausdruck von politischem Gestaltungswillen, kommunaler Selbstverwaltung und zukunftsweisender Fortentwicklung oder schlicht einer besseren, nachhaltigeren und sinnvolleren Erledigung der uns übertragenen Aufgaben und politischen Verantwortung sein soll, dann erfüllt der Haushaltsentwurf 2020, wie in den vergangenen Jahren auch, diese Ansprüche nicht. Auch der vorliegende Haushalt ist nichts weiter als der buchhalterische Ausdruck der Mangelverwaltung. Der Bezirksverband wird damit zum Reparaturbetrieb degradiert, der undichte Fenster und Türen austauscht oder marode Dächer instand setzt. Wen wundert das, wenn 4 der 10 höchstverschuldeten Städte Deutschlands im Bezirksverband Pfalz liegen? Dafür muss sich allerdings nicht der Bezirksverband Pfalz, sondern das Land Rheinland-Pfalz schämen.

Entschuldungskonzepte für überschuldete Kommunen werden seit vielen Jahren diskutiert, Pläne geschmiedet, Versprechungen gemacht und Resolutionen verabschiedet, als Pirmasenser weiß ich, von was ich rede. Herausgekommen ist unter dem Strich gerade mal nichts. Der 2012 als Durchbruch gefeierte Kommunale Entschuldungsfonds ist Augenschwermerei, die Verschuldung der Kommunen hat sich seitdem nicht verringert, sondern ist weiter dramatisch angestiegen. Die milliardenschweren kommunalen Investitionspakete des Bundes sind gut gemeint, aber so irre gestrickt, dass sie weniger die Kommunen, als die Bauwirtschaft erfreuen. 2004 wurde das strikte Konnexitätsprinzip oder kurz: „Wer bestellt, bezahlt“, in die Landesverfassung aufgenommen. Dort heißt es: Überträgt das Land den Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder stellt es besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat es gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen; dies gilt auch bei der Auferlegung von Finanzierungspflichten. Führt die Erfüllung dieser Aufgaben und Pflichten zu einer Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mehr als eine Ironie der Geschichte, dass die Verschuldung der pfälzischen Kommunen nahezu ausschließlich auf den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben beruht und ausgerechnet seit 2004 sprunghaft angestiegen ist. Wie oft muss eigentlich noch geklagt werden, bis sich eine Landesregierung an ihre Verfassung hält? Wenn der Bezirksverband seiner Verantwortung für Kultur und Bildung, für Natur- und Verbraucherschutz und nicht zuletzt im Bereich Gesundheit und Soziales gerecht werden will, muss er gestalten, lenken und zukunftsorientiert handeln können. Mit dem vorliegenden Budget sind uns dafür aber die Hände gebunden. Das darf man nicht beschönigen, sondern muss es laut und deutlich sagen. Das ist das Mindeste was wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig sind.

Wenn man ein Pfalztheater, eine Pfalzgalerie oder eine Pfalzbibliothek haben will, dann muss man dafür sorgen, dass deren kulturelles Angebot mit dem qualitativen Niveau überregionaler Einrichtungen für Kunst und Kultur mithält und dafür die erforderlichen finanziellen Mittel bereit stellen. Die Vielfalt der Kultur und deren gestalterische Kraft als Basis unseres Menschseins werden allerdings dem Diktat der Schwarzen Null und einer Schuldenbremse im Verfassungsrang untergeordnet. Damit legt man die Axt an die Wurzel einer humanistischen Gesellschaft. Oder soll die Erfüllung des Haushaltsausgleichsgesetzes zukünftig das sinnstiftende Element für die Pfälzerinnen und Pfälzer sein? Opernproduktionen sind aufwendig, kosten viel Zeit und Geld, trotzdem sind sie unverzichtbar, wenn das Pfalztheater sein beachtliches Niveau und guten Ruf behalten will. Ganz im Gegenteil muss das Pfalztheater ein Gegengewicht zum kulturellen Mainstream sein und ist es eben nicht zukunftsweisend, auf Besucherzahlen zu schießen und sich am Massengeschmack auszurichten. Denn dafür haben wir die kommerziellen Kulturvermarkter und nach meinem Geschmack schon viel zu viele davon. Schlägt das Pfalztheater in die gleiche Kerbe, macht es sich letztendlich selbst überflüssig. Eintrittspreise erhöhen und mehr Gassenhauer präsentieren sind ein Irrweg, der in der künstlerischen Bedeutungslosigkeit einer TV Seifenoper endet. Dann lieber richtige Oper.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

vielleicht sollten wir den umgekehrten Weg gehen. Was über Eintrittsgelder im Kulturbereich des Bezirksverbandes erwirtschaftet wird, ist im Vergleich zu den tatsächlichen Kosten des Kulturbetriebs marginal. Die Anerkennung und Wertschätzung des Pfalztheaters wird nicht dadurch gesteigert, dass mit einer Kommerzialisierung des Programms die Einnahmen unterm Strich vielleicht um 5 Prozent gesteigert werden können und wir uns auf die Schulter klopfen, weil wir im neoliberalen benchmark-Vergleich ein paar Punkte aufgeholt haben. Das Programm des Pfalztheaters erfüllt höchste Ansprüche und ich scheue mich auch als Linker nicht, dafür für den Begriff Hochkultur zu verwenden. Und das ist gut so und soll so bleiben. Einer Verflachung des Angebots in Richtung schnell und einfach zu konsumierender Billig-Unterhaltung erteilen wir eine klare Absage. Was man machen kann – und dies gilt für das gesamte Kunst- und Kulturangebot des Bezirksverbandes – ist, Eintrittspreise senken oder gleich ganz abschaffen. Damit würden wir Hürden senken, kulturelle Teilhabe auch für Menschen eröffnen, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen und letztendlich mehr Menschen für das Kunst- und Kulturangebot des Bezirksverbandes gewinnen. Und ganz nebenbei hätten wir damit unseren eigentlichen Auftrag erfüllt: Die Förderung von Kunst und Kultur, indem wir sie aus der betriebswirtschaftlichen Logik befreien und sie für alle Menschen öffnen. *Verfluchter Reif, furchtbarer Ring! Dein Gold fass ich und geb es nun fort*, sagt Brünnhilde beim Weltenbrand der Götterdämmerung, als die kapitalistische Welt der Götter untergeht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bleiben wir noch kurz beim Fluch des Goldes, zugegebenermaßen aus einem etwas profaneren Anlass. Bauen ist zum Hochrisikogeschäft für den Bezirksverband und die beteiligten Kommunen geworden. Die Auftragsbücher der Bauunternehmer sind voll, sie können nach Belieben Preise diktieren oder nehmen an öffentlichen Ausschreibungen erst gar nicht teil. Die Folgen sind exorbitante Preissteigerungen bei Bauprojekten und die Fortsetzung des Sanierungsstaus.

Was wir im Bezirksverband und anderen Kommunen erleben ist eine gigantische Umverteilung von Steuergeldern in private Taschen. Regelmäßig werden Kostenschätzungen nicht eingehalten oder müssen Ausschreibungen wegen Überschreitung der veranschlagten Bausummen um 30 Prozent und mehr aufgehoben werden. Die Bauunternehmen verdienen sich auf Kosten der Allgemeinheit eine goldene Nase und lassen ihre Auftraggeber am ausgestreckten Arm verhungern. Die Folgen für den Bezirksverband und die Bürgerinnen und Bürger sind verheerend: Dringend notwendige Bauvorhaben oder Sanierungen werden zunehmend unbezahlbar, können nicht umgesetzt werden und die Kosten bereits laufender Bauprojekte explodieren. Die Handlungsmöglichkeiten des Bezirkstags oder gar der Bürgerinnen und Bürger tendieren gegen Null, sie sind auf Gedeih und Verderb dem freien Spiel der Kräfte ausgeliefert, die freilich sehr ungleich verteilt sind: Während die Verwaltungen bei der Ausschreibung von Bauaufträgen einem umfangreichen und engen Regelwerk unterliegen, entscheiden Unternehmen letztendlich frei, ob und welches Angebot sie unterbreiten und wie sie ihre Leistungen kalkulieren. Gefragt ist nun der Gesetzgeber. Alle Einnahmen des Staates egal auf

welcher Ebene haben letztendlich dem Allgemeinwohl zu dienen. Im Grundgesetz steht nicht, dass Unternehmen ein Recht auf Gewinnmaximierung haben. Es kann daher nicht angehen, dass Steuereinnahmen weiterhin zweckentfremdet und hemmungslos in private Taschen umverteilt werden, während die Infrastruktur zusehends verrottet und die Daseinsvorsorge weiter ausgehöhlt wird. Was für Mieten gilt, muss deshalb auf gesetzgeberischen Weg auch in der Baubranche umgesetzt und eine Form der Preiskontrolle gefunden werden, die nicht nur für Kommunen, sondern auch für die ausführenden Unternehmen gilt. Also her mit dem Baupreisdeckel!

Bauboom und Preisexplosionen in der Baubranche sind das eine, Unfähigkeit das andere. Das Hickhack um das Historische Museum der Pfalz und seinem modernistischen Plattenanbau inklusive seines per se undichten Dachs ist ein Stück aus dem Tollhaus. Die Stilllegung ganzer Gebäudeteile ist eine Blamage für das Land Rheinland-Pfalz und zeigt, welchen Stellenwert Kultur abseits von Lippenbekenntnissen tatsächlich genießt. Da hat man sich ordentlich im Dschungel aus Verschiebebahnhof, Besserwisserei und Profilierungsgehebe verheddert. Der ursprüngliche Zeitplan für die dringend notwendigen Sanierungsarbeiten ist genauso Geschichte wie die dazugehörige Kostenschätzung. Ein Ende ist nicht absehbar und die Funktionsfähigkeit dieses wichtigen Museums bleibt auf unabsehbare Zeit deutlich eingeschränkt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

zum Abschluss noch einige Gedanken zu den Themen Nachhaltigkeit, Biosphärenreservat und Weiterentwicklung unserer Einrichtungen. Ein Energiebericht zu den Verbräuchen und energetischen Sanierungsmaßnahmen ist richtig und sinnvoll und ein Anfang ist gemacht. Allerdings auch nicht mehr als ein Anfang, denn bis aus dem vorliegenden Energiebericht ein konkreter Handlungsleitfaden für nachhaltige Energiebewirtschaftung erwächst, muss noch einiges für eine bessere Systematik getan werden. Was will uns beispielweise die Gegenüberstellung des Stromverbrauchs der LUFA und des Hofguts Neumühle eigentlich sagen? Gut, wir wissen nun, dass der Stromverbrauch der LUFA exorbitant höher ist. Aber das liegt nun mal in der Natur der Dinge, Labormaschinen brauchen halt viel Strom. Vergleiche ergeben grundsätzlich allerdings nur dann einen Sinn, wenn man Vergleichbares vergleicht.

Das bereits vorgestellte Konzept zur Weiterentwicklung der Pfalzakademie zur Biosphärenakademie ist schlüssig und wird den veränderten Ansprüchen gerecht. Der Leitsatz, sich für eine nachhaltige Entwicklung von Mensch und Umwelt einzusetzen, ist sehr einfach dahingesagt und steckt doch voller umwälzender Veränderungen, die alles andere als leicht zu verwirklichen sind und voller Detailaufgaben stecken. Deutlich wird dies ganz besonders im Biosphärenreservat und dem dazugehörigen Handlungsprogramm. Das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen wird dem „man and biosphere“-Grundgedanken leider nur bedingt gerecht. Beispiel Kernzonen: Mehr als 10 Jahre hat es gedauert, bis die vom MAB-Nationalkomitee geforderte Ausweisung von 3 Prozent der Waldfläche als Kernzonen realisiert werden konnte. Das Ergebnis ist ein Flickenteppich von Klein- und Kleinstflächen, die den Anforderungen einer nachhaltigen Artenvielfalt in keiner

Weise gerecht wird. Um dieses Manko zu beheben, wurden die „Bio-Life-Korridore“ ins Leben gerufen, immerhin tragen sie dazu bei, dass Populationen nicht komplett isoliert werden. Aber sind wir in der Lage, diese Austausch Korridore auf Dauer, also weit über die Laufzeit von Projekten hinaus, zu erhalten? Beispiel B 10-Ausbau: Zwar wurde die zerschneidende Wirkung in Schutzzonen durch Windkraftanlagen kritisiert, nicht jedoch die ungleich größere Zerstörung von Naturräumen durch den vierspurigen Ausbau der B 10. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen! Beispiel UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 als Kern der Angelegenheit: Wer sich das nachhaltige Zusammenwirken von Mensch und Umwelt auf die Fahnen schreibt, muss einen Gebrauchswert auch für die im Biosphärenreservat lebenden Menschen entwickeln. Nicht umsonst lautet eine der Kernaussagen der UNESCO, dass Biosphärenreservate der Erforschung der Beziehungen zwischen und Mensch und Umwelt im Sinne eines integrierten Monitoring zu dienen haben. Die Nachhaltigkeitsziele der UN lauten u.a.: Armutsbekämpfung, menschenwürdige Arbeit und menschenwürdiges Wirtschaftswachstum, bezahlbare Energie und nachhaltige Städte und Gemeinden. Gerade wurde die Stadt Pirmasens mit dem Schwerpunktthema Armutsbekämpfung als eine von 8 Modellregionen ausgewählt. Diese enge Verknüpfung der UN-Nachhaltigkeitsziele mit dem Handlungsprogramm für das Biosphärenreservat sollte Schule machen und war in der Vergangenheit nicht immer so.

Das Hofgut Neumühle mit seiner Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung und der dort stattfindenden überbetrieblichen Ausbildung für angehende Landwirte ist ein wichtiges Standbein des Bezirksverbandes und erfüllt eine wichtige Funktion, die ohne das Hofgut nicht mehr stattfinden wird. Darüber hinaus ist die Einrichtung Sitz der im EU-Raum einzigartigen Bundesfachschule Vieh und Fleisch. Die Landesregierung war sich der Tragweite ihrer Entscheidung offensichtlich nicht bewusst, als sie die Zuschüsse für die Schweinehaltung gestrichen hat. Wer von Schweineproduktion spricht und damit der industriellen Quattierhaltung das Wort redet, hat überhaupt nicht verstanden, um was es im Hofgut Neumühle geht. Es geht gerade nicht darum, den Blick für eine wettbewerbsfähige Schweinehaltung zu schärfen, sondern um die vom Land übertragenden Aufgaben im Natur- und Verbraucherschutz. Bleibt zu hoffen, dass sich die Landesregierung noch einmal anders besinnt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

der moderaten Erhöhung der Verbandumlage stimmt DIE LINKE zu. Nach Jahrzehnten der Umlagestabilität ist diese Erhöhung angemessen und trägt zur Refinanzierung der Ausgaben für die kommunalen Einrichtungen bei. Die vom Land geforderte drastische Erhöhung als Ausgleich für die defizitären Landeszuschüsse fand glücklicherweise keinen Eingang in die Haushaltssatzung. Dass sich die pfälzischen Kommunen weiter verschulden sollen, weil die Landesregierung die von ihr zu verantwortenden Kosten nicht tragen will, ist mehr als eine Frechheit.

Derivative Finanzierungsinstrumente für die Beschaffung von Krediten laut Haushaltssatzung lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Der Umgang mit Steuergeldern verbietet per se den Abschluss von Wetten auf die zukünftige Entwicklung der Finanzmärkte.

Der Bezirksverband macht stets brav seine Hausaufgaben und wendet jeden Cent, bevor er ihn ausgibt. Das ist zwar durchaus anerkennenswert, führt jedoch offensichtlich auf Landesebene dazu, das wir weiter an der kurzen Leine gehalten werden und die uns übertragenen Aufgaben dauerhaft nur schlecht als recht erfüllen können.

Deshalb kann ich diesem Haushalt nicht zustimmen.

Frank Eschrich, Hambacher Schloss, den 12. Dezember 2019